

FAQ – Häufig gestellte Fragen
zum Anspruch
nach § 39 GasNZV

INHALT

1.	Welchen Anspruch bildet § 39 GasNZV ab?	1
2.	Welche Verpflichtung ergibt sich aus dem deutschlandweiten Netzentwicklungsplan Gas nach § 15a EnWG?	1
3.	In welchem Verhältnis stehen § 39 GasNZV und Netzentwicklungsplan zueinander?	1
4.	Besteht ein Anspruch auf feste oder unterbrechbare Kapazitäten?	2
5.	Besteht ein Anspruch auf frei zuordenbare Kapazitäten?	2
6.	Wann ist der Realisierungsfahrplan zu erstellen?	3
7.	Welche Informationen muss der Realisierungsfahrplan zwingend beinhalten?	3
8.	Unter welchen Voraussetzungen wird der Kapazitätsausbau als wirtschaftlich zumutbar angesehen?	4
9.	Wie hoch ist die einmalige Planungspauschale?	4

1. Welchen Anspruch bildet § 39 GasNZV ab?

Die Betreiber von neuen bzw. erweiterten Speicher-, LNG- oder Produktionsanlagen sowie Gaskraftwerken haben gem. § 39 Abs. 1 GasNZV einen **individuellen Anspruch** gegenüber dem betroffenen Fernleitungsnetzbetreiber auf Bereitstellung der benötigten Kapazitäten. Die Regelungen des § 39 GasNZV i. V. m. § 38 GasNZV sollen das **Privileg einer verbindlichen Grundlage zur Realisierung von Projekten**, die Speicher-, LNG- oder Produktionsanlagen sowie Gaskraftwerke betreffen, schaffen.

2. Welche Verpflichtung ergibt sich aus dem deutschlandweiten Netzentwicklungsplan Gas nach § 15a EnWG?

Die Fernleitungsnetzbetreiber sind verpflichtet, einen deutschlandweiten Netzentwicklungsplan nach § 15a EnWG zu erstellen. Dieser konkretisiert die **allgemeine Ausbaupflicht** der Fernleitungsnetzbetreiber **nach § 11 EnWG**. Der Netzentwicklungsplan Gas enthält alle wirksamen Netzausbaumaßnahmen zur bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und zum bedarfsgerechten Ausbau des Netzes sowie zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Für die Erarbeitung des Netzentwicklungsplans ist ein zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern abgestimmter, mit dem Markt konsultierter und von der Bundesnetzagentur bestätigter Szenariorahmen zu Grunde zu legen. Der Netzentwicklungsplan enthält einen Zeitplan zur Durchführung aller dort benannten Maßnahmen und weist sowohl diejenigen Maßnahmen aus, die in den nächsten drei Jahren durchgeführt werden müssen als auch solche Maßnahmen, die in den nächsten 10 Jahren netztechnisch für einen sicheren und zuverlässigen Netzbetrieb erforderlich sind.

3. In welchem Verhältnis stehen § 39 GasNZV und Netzentwicklungsplan zueinander?

Der individuelle Anspruch nach § 39 GasNZV ist nicht losgelöst von dem Planungsprozess im Netzentwicklungsplan zu betrachten. Geltend gemachte **Ansprüche nach § 39 GasNZV** sind **im Rahmen** der Modellierung **des Netzausbaubedarfs zu berücksichtigen**. Dies bedeutet, dass Anfragen nach § 39 GasNZV nach zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern und der Bundesnetzagentur abgestimmten Kriterien in den Szenariorahmen nach § 15a EnWG eingehen. Bei der Modellierung des Ausbaubedarfs werden diese angemessen berücksichtigt. Die Fernleitungsnetzbetreiber ermitteln durch eine gemeinsame Modellierung den notwendigen Netzausbaubedarf. Dies kann Netzausbauten im Netz eines anderen Fernleitungsnetzbetreibers erforderlich machen.

Es ist also durchaus möglich, dass die **Bereitstellung** der nach § 39 GasNZV geltend gemachten Kapazitäten neben den Maßnahmen im Netz des betroffenen Fernleitungsnetzbetreibers weitere Ausbaumaßnahmen in vorgelagerten Fernleitungsnetzen erfordern. Die vorgelagerten Netzbetreiber sind dann im Rahmen ihrer Ausbaupflichtung nach §§ 11 Abs. 1, 15a EnWG zur Realisierung der weiteren Maßnahmen verpflichtet. Sofern die Realisierungsfahrpläne oder die langfristige Buchungsanfragen der Anspruchsberechtigten ausbleiben, werden die Anfragen nach § 39 GasNZV in zukünftige Szenariorahmen nicht mehr eingehen.

4. Besteht ein Anspruch auf feste oder unterbrechbare Kapazitäten?

Betreiber von Speicher-, LNG- oder Produktionsanlagen sowie Gaskraftwerken haben nach § 39 GasNZV i.V.m. § 38 GasNZV einen **Anspruch auf die Bereitstellung von festen Kapazitäten**. § 39 Abs. 1 S. 1 GasNZV bestimmt, dass Anspruchsberechtigte, deren Reservierungsanfrage nach § 38 GasNZV wegen fehlender Kapazität im Fernleitungsnetz nicht berücksichtigt werden konnte, einen Anspruch darauf haben, dass die an Speicher-, LNG- oder Produktionsanlagen sowie Gaskraftwerken benötigte Ein- oder Ausspeisekapazität im Rahmen des Kapazitätsausbaus bereitgestellt wird. Die nach § 39 GasNZV benötigten Ein- oder Ausspeisekapazitäten richten sich nach der unberücksichtigten Reservierungsanfrage nach § 38 GasNZV.

§ 38 Abs. 1 Satz 1 GasNZV besagt, dass die Ausspeisekapazität im Rahmen der technischen Kapazität des Netzes reserviert werden kann, es sei denn, die Reservierung führt unter Berücksichtigung des bereits gebuchten Anteils der technischen Kapazitäten zu einer Überschreitung der vom Fernleitungsnetzbetreiber ausgewiesenen technischen Kapazität. Für Einspeisekapazitäten gilt der § 38 Abs. 1 S. 1 GasNZV analog. Maßgeblich für die Anerkennung bzw. Ablehnung der Reservierungsanfrage ist also die technische Kapazität im Fernleitungsnetz. § 2 Nr. 13 GasNZV definiert die technische Kapazität als das „Maximum an fester Kapazität, das der Netzbetreiber unter Berücksichtigung der Systemintegrität und der Erfordernisse des Netzbetriebs Transportkunden anbieten kann“. Der Anspruch aus § 39 GasNZV richtet sich folglich auf die **Bereitstellung von festen Kapazitäten**.

5. Besteht ein Anspruch auf frei zuordenbare Kapazitäten?

Aus § 39 GasNZV ergibt sich **kein Anspruch auf frei zuordenbare Kapazitäten**. Ob die festen Kapazitäten als frei zuordenbar oder mit Zuordnungsaufgaben zu deklarieren sind, ist nicht unmittelbarer Gegenstand des Anspruchs nach § 39 GasNZV. Die grundsätzliche Verpflichtung zum Angebot von festen frei zuordenbaren Kapazitäten lässt sich jedoch ggf. aus Sinn und Zweck des § 9 GasNZV ableiten.

Nach § 9 Abs. 1 GasNZV sind die Fernleitungsnetzbetreiber verpflichtet, die technischen Kapazitäten im Sinne des § 8 Abs. 2 GasNZV zu ermitteln. Bei der Ermittlung der technischen Kapazitäten im Sinne des § 8 Abs. 2 GasNZV sind gem. § 9 Abs. 2 GasNZV die jeweiligen Gegebenheiten im Netz des betroffenen Fernleitungsnetzbetreibers zu berücksichtigen. Im Rahmen der durchzuführenden Lastflusssimulationen sind insbesondere die historische und prognostizierte Auslastung der Kapazitäten sowie die historische und prognostizierte Nachfrage nach Kapazitäten sowie Gegenströmungen auf Basis der wahrscheinlichen und realistischen Lastflüsse zu berücksichtigen. Übergeordnetes Ziel ist es, das Angebot an festen frei zuordenbaren Kapazitäten im Fernleitungsnetz zu maximieren. Sofern die Kapazitätsberechnung zum Ergebnis kommt, dass nicht im ausreichenden Maße frei zuordenbare Kapazitäten angeboten werden können, regelt § 9 Abs. 3 GasNZV, welche Maßnahmen von den Fernleitungsnetzbetreibern insbesondere zu prüfen sind. Darunter fallen Maßnahmen, die die Beschaffung von Lastflusszusagen, die Verknüpfung von Kapazitäten mit Zuordnungsaufgaben und den Ausschluss einzelner Ein- und Ausspeisepunkte von der freien Zuordenbarkeit vorsehen. Die Entscheidung, wie die feste Kapazität letztendlich ausgestaltet wird, ist abhängig von den Kapazitätsberechnungen zum Zeitpunkt der Bereitstellung der Kapazitäten, also spätestens mit Inbetriebnahme der Anlagen im Zusammenhang mit dem Kapazitätsausbau.

Dies bedeutet, dass sich aus § 39 Abs. 1 GasNZV kein Anspruch ableiten lässt, das Netz wäre in dem Umfang auszubauen, dass in jedem Fall feste frei zuordenbare Kapazitäten angeboten werden können. Vielmehr reicht es für die Erfüllung aus, wenn das Netz so weit ausgebaut wird, dass lediglich feste Kapazitäten angeboten werden können. Hätte der Gesetzgeber ausschließlich einen Anspruch auf Bereitstellung von festen frei zuordenbaren Kapazitäten im § 39 GasNZV beabsichtigt, dann hätte er wohl (wie im § 9

Abs. 1 GasNZV angelegt), eine Konkretisierung der technischen Kapazitäten (z.B. in Form eines Zusatzes „im Sinne des § 8 Abs. 2“) vorgenommen.

6. Wann ist der Realisierungsfahrplan zu erstellen?

§ 39 GasNZV regelt, dass **unverzüglich** nach Abschluss des Verfahrens zur Kapazitätsbedarfsermittlung nach § 17 Abs. 1 GasNZV ein verbindlicher Realisierungsfahrplan zu erarbeiten ist. Auf Basis dieses Realisierungsfahrplans soll der Ausbau erfolgen.

Der Verweis auf die Kapazitätsbedarfsermittlung nach § 17 GasNZV stellt allem Anschein nach eine veraltete Regelung dar, die bisher nicht an die Änderungen des EnWG bzgl. der Entwicklung eines Netzentwicklungsplans und die Erstellung eines Szenariorahmens angepasst wurde. An Stelle des § 17 GasNZV tritt bezogen auf die Ermittlung der Frist zur Erstellung des Realisierungsfahrplans nunmehr jedoch der § 15a Abs. 1 EnWG. Der mittels § 39 GasNZV geltend gemachte Kapazitätsbedarf ist bei der Erstellung des Szenariorahmens nach § 15a Abs. 1 S. 3 EnWG zu berücksichtigen. Dadurch geht die entsprechende benötigte Kapazität in die Grundlage für die Entwicklung des benötigten Netzausbaus ein. Nach erfolgter Aufnahme der benötigten Kapazität in den Szenariorahmen kann mit der Erarbeitung des Realisierungsfahrplans begonnen werden.

Aus Sicht der Beschlusskammer ist erst **nach Aufnahme der benötigten Kapazität im Szenariorahmen** sichergestellt, dass dieser Kapazitätsbedarf im nächsten Netzentwicklungsplan berücksichtigt werden kann. Im Rahmen der Erstellung des Netzentwicklungsplans stellt sich die für die Bereitstellung der notwendigen Kapazität erforderliche Netzausbaumaßnahme heraus. Der Netzentwicklungsplan erlangt sofortige Verbindlichkeit nach Bekanntgabe eines Änderungsverlangens durch die Bundesnetzagentur. Sollte die Bundesnetzagentur kein Änderungsverlangen an die Fernleitungsnetzbetreiber stellen, tritt die Verbindlichkeit nach drei Monaten nach Veröffentlichung des Konsultationsergebnisses gem. § 15a Abs. 3 S. 7 EnWG ein (Genehmigungsfiktion). Der Realisierungsfahrplan kann also erst verbindlich werden, wenn die zugehörige Netzausbaumaßnahme durch den Netzentwicklungsplan an Verbindlichkeit gewonnen hat.

Der Realisierungsfahrplan soll allen Beteiligten eine verbindliche Grundlage geben, um ihre notwendigen Maßnahmen zeitlich abgestimmt umsetzen zu können. Durch den Realisierungsfahrplan erlangt der privilegierte Transportkunde die Planungssicherheit über die rechtzeitige Bereitstellung der benötigten Kapazitäten.

Sofern bis zum folgenden Szenariorahmen kein verbindlicher Realisierungsfahrplan abgestimmt wurde, wird die Anfrage nach § 39 GasNZV im folgenden Szenariorahmen nicht mehr berücksichtigt. Die Möglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt eine erneute Anfrage zu stellen, bleibt bestehen.

7. Welche Informationen muss der Realisierungsfahrplan zwingend beinhalten?

§ 39 Abs. 2 S. 2 GasNZV schreibt vor, dass der Realisierungsfahrplan auch den geplanten Zeitpunkt des Baubeginns sowie der Fertigstellung der neuen oder erweiterten Speicher-, LNG- oder Produktionsanlage oder des neuen oder erweiterten Gaskraftwerks zu enthalten hat. Der Realisierungsfahrplan sollte alle Termine enthalten, deren Nichteinhaltung zu Verzögerungen bei der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen und der notwendigen Kapazitätsbereitstellung führen. Dies betrifft zum einen Maßnahmen, die auf Seiten des Transportkunden bzw. Anspruchspetenten umgesetzt werden müssen, als auch sämtliche Maßnahmen, die durch den Netzbetreiber umzusetzen sind. Der Realisierungsfahrplan sollte daher unter anderem die erforderlichen **Termine für die Ausschreibungen, die Vergabe im Rahmen der Ausschreibungen, den Baubeginn einzelner Maßnahmen und den erforderlichen Abschluss** enthalten.

Die Aufnahme der oben genannten Termine ist von wesentlicher Relevanz, da hiervon die ggf. erforderliche zeitliche Anpassung des Realisierungsfahrplans abhängt. Sowohl der Fernleitungsnetzbetreiber als auch der Anschlusswillige haben einen Anspruch auf Anpassung des Realisierungsfahrplans, sofern dies auf Grund von ihnen nicht zu vertretenden Umständen erforderlich ist (Vgl. § 39 Abs. 2 Sätze 3 und 4 GasNZV). Diese Regelung legt nahe, dass eine Anpassung des Realisierungsfahrplans nur in Bezug auf die im Realisierungsfahrplan genannten Termine erfolgen kann. Daher sollte es im Interesse der beiden Parteien sein, eine solche Detailtiefe zu wählen, die eine rechtzeitige beiderseitige Information über Verzögerungen ermöglicht. Sinnvoll ist hierfür die Bestimmung eines entsprechenden Berichtswesens zwischen den Beteiligten.

8. Unter welchen Voraussetzungen wird der Kapazitätsausbau als wirtschaftlich zumutbar angesehen?

Gemäß § 39 GasNZV haben Betreiber von Speicher-, LNG- oder Produktionsanlagen sowie Gaskraftwerke Anspruch darauf, dass die an den Speicher-, LNG- oder Produktionsanlagen oder dem Gaskraftwerk benötigte Ein- oder Ausspeisekapazität im Rahmen des Kapazitätsausbaus bereitgestellt wird, es sei denn, die Durchführung des erforderlichen Kapazitätsausbaus ist dem Fernleitungsnetzbetreiber wirtschaftlich nicht zumutbar. Die wirtschaftliche Zumutbarkeit eines Kapazitätsausbaus wird dabei vermutet, **wenn** die an der Speicher-, LNG- oder Produktionsanlage oder dem Gaskraftwerk benötigte Ein- oder Ausspeisekapazität **spätestens 18 Monate vor** dem im Realisierungsfahrplan nach Absatz 2 Satz 2 vorgesehenen Zeitpunkt der **Fertigstellung** der neuen oder erweiterten Speicher-, LNG- oder Produktionsanlage oder des neuen oder erweiterten Gaskraftwerks **verbindlich** langfristig beim Fernleitungsnetzbetreiber **gebucht wird**.

Grundsätzlich sind aufgrund der gesetzlichen Regelungen die für die Finanzierung des Kapazitätsausbaus notwendigen Kapitalrückflüsse sichergestellt. Für Maßnahmen, die dem geforderten Kapazitätsausbau dienen, können Anträge auf Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV gestellt werden. Für die Dauer der Genehmigung erfolgt die Anpassung der Erlösobergrenze um die sich aus der Investitionsmaßnahme ergebenden Kapital- und Betriebskosten. Die wirtschaftliche Zumutbarkeit beschränkt sich allerdings nicht allein auf die Ebene der Kapitalrückflüsse des Netzbetreibers, sondern ist dahingehend zu prüfen, welche Auswirkungen sich auf die Transportentgelte im Fernleitungsnetz ergeben.

Eine erhebliche Erhöhung der Transportentgelte im Fernleitungsnetz führt zu einer nicht verursachungsgerechten Belastung anderer Transportkunden. Sofern eine erhebliche Entgelterhöhung vorliegt, kann eine wirtschaftliche Zumutbarkeit eventuell nicht gegeben sein. In einem solchen Fall ist sicherzustellen, dass eine ausreichend langfristige Kapazitätsbuchung erfolgt, um die Kostentragung der anderen Transportkunden zu reduzieren.

9. Wie hoch ist die einmalige Planungspauschale?

Der Anschlusswillige ist zum Zeitpunkt des Eintretens der Verbindlichkeit des Realisierungsfahrplans verpflichtet, sich einmalig an den Planungskosten des Fernleitungsnetzbetreibers mit einer Planungspauschale zu beteiligen. Die Planungspauschale beträgt für neue oder erweiterte Gaskraftwerke **0,50 Euro pro Kilowattstunde pro Stunde pro Jahr bzw.** für neue oder erweiterte Speicher-, LNG- oder Produktionsanlagen **0,40 Euro pro Kilowattstunde pro Stunde pro Jahr**. Weitere Belastungen mit Planungskosten sind nicht vorgesehen.

Die FAQ bildet den gegenwärtigen Stand der Überlegungen ab und wird bei Bedarf um weitere Klarstellungen ergänzt. Bei Änderungen der rechtlichen Grundlagen sind Anpassungen vorbehalten.

Bonn, den 24.11.2015